

(Vizepräsidentin Regine Lück)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Truppenübungsplatz Lübtheen, Drucksache 6/1216.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU

Truppenübungsplatz Lübtheen

– Drucksache 6/1216 –

Das Wort zur Begründung hat Frau Feige, Frau Abgeordnete Feige von der Fraktion ...

(Heinz Müller, SPD: Feike! Mit K wie ...)

Feike, genau. Entschuldigung, Frau Feike.

Sie haben das Wort zur Begründung. Bitte schön.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf der Drucksache 6/1216 wird die Landesregierung aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Truppenübungsplatz Lübtheen nach Beendigung der militärischen Nutzung am 31.12.2013 möglichst unentgeltlich, verbunden mit einer Lösung der Altlastenproblematik, dem Land Mecklenburg-Vorpommern für die Ziele der Landesentwicklung zur Verfügung gestellt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit dem jetzigen Standortentwicklungskonzept der Bundeswehr steht nun fest, dass der Truppenübungsplatz Lübtheen am 31.12.2013 geschlossen werden soll. Das sind keine guten Nachrichten für die Region um und in Lübtheen, da aufgrund der Standortschließung durch die Bundeswehr 60 gut bezahlte Arbeitsplätze und Dienstleistungsaufträge wegfallen werden. Das Gesagte unterstreicht noch mal die Forderung des Landtages an die Landesregierung, sich mit Nachdruck gegenüber der Bundesregierung für die Bereitstellung von Bundesmitteln im Rahmen der

Konversion einzusetzen. Dabei stehen für uns als Fraktionen der SPD und CDU folgende Entwicklungsziele im Vordergrund:

- Nutzung von Synergien zum Biosphärenreservat Flussland Elbe Mecklenburg-Vorpommern,
- Sicherung der integrierten Entwicklungsplanung für die Gesamtregion,
- dauerhafte Gewährleistung der Naturschutzziele.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der Ihnen vorliegende Antrag beinhaltet eine klare Intention, den Vorrang von Naturschutzziele herzustellen. Der heutige Truppenübungsplatz mit seiner Ausdehnung von über 6.700 Hektar innerhalb der Region Griesegegend hat eine große Bedeutung für die Pflanzen- und Artenvielfalt landes-, bundes- und europaweit. Benennen möchte ich hier die Trockenlehmräume für die Heide und Trockenrasenflächen oder die Altbestände mit Kiefern. In den Offenlandbereichen der Truppenübungsplätze wurden über 1.400 Hektar FFH-Gebiete festgelegt und zugleich 5.400 Hektar zum Vogelschutzgebiet erklärt.

Abschließend soll erwähnt werden, dass das Gebiet Truppenübungsplatz Lübtheen als Wolfserwartungsgebiet deklariert wurde. Das zeigt, wie wichtig der Vorrang von Naturzielen für die Region ist und darüber hinaus mögliche Synergien mit dem angrenzenden Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe Mecklenburg-Vorpommern. Wir sind auch der Meinung, dass trotz des Vorrangs von Naturschutzziele naturverträgliche Nutzungen möglich sind. Die Nutzungsmöglichkeiten werden ausführlich in der Begründung des Antrages benannt. Wichtig erscheinen mir die nachhaltige Forstwirtschaft, innovative Lösungen zur Erzeugung regenerativer Energien und die sanfte touristische Erschließung der einzigartigen Landschaft. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Das war's schon?)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, seit Anfang 2012 haben wir Gewissheit, dass der Truppenübungsplatz Lübtheen auf Dauer geschlossen wird. Wenn man in der Region groß geworden ist und auch viele Jahre dort gearbeitet hat, dann weiß man, mit welchen Entwicklungen so etwas verbunden ist. Im Übrigen, wenn man sich auch das vor Augen hält, der Truppenübungsplatz liegt komplett in einer Waldfläche des ehemaligen Mecklenburgischen Forstamtes Leussow mit dem Stand vom Jahr 1930 mit einer Fläche von 6.247 Hektar.

Wie deren wechselvolle Geschichte sich dann vollzogen hat, will ich nur an ein paar Zahlen deutlich machen: 1932 kommen durch den Tausch mit einem Landgut Brenz, nämlich mit einem Besitzer, eines Herrn von Treuenfels, 472 Hektar Waldfläche zum Forstamt hinzu und 1937 ist dann die Errichtung einer Versuchsschießbahn von 62 Hektar zur Errichtung einer Sicherheitszone durch die Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG erstellt worden. So geht die Entwicklung dann weiter. Zu DDR-Zeiten, ab 1952 dann Enteignung dieser Liegenschaften bis hin zu Zwangsaussiedlungen im Jahr 1962 und dann letzten Endes bis 1989 Erweiterung von 142 Hektar auf über 6.000 Hektar. Jawohl, dass das immer wieder, auch zu DDR-Zeiten, in der Region zu massiven Diskussionen geführt hat, soll hier nicht verschwiegen werden, denn die Belastungen für die Bevölkerung waren immens. Ich betone nochmals: Zwangsaussiedlungen, aber auch die Belastungen durch den Schießbetrieb, waren von immenser Bedeutung und eine Benachteiligung bis hin, dass dann große ehemalige volkseigene Flächen natürlich für die Jagd im Rahmen von Staatsjagdgebieten entwickelt worden sind.

Mit der Wende im Jahr 1989, ich bin selbst dabei gewesen, gab es dann die große Hoffnung, sofort den Truppenübungsplatz aufzulösen. Das ist seinerzeit nicht gelungen. Es hat dann einen völligen Umbau dieses Truppenübungsplatzes gegeben und ich glaube, man kann hier an dieser Stelle auch sagen, es hat eine sehr intensive, auch gute Zusammenarbeit gemeindeübergreifend um den Truppenübungsplatz herum gegeben. Das heißt, die Bundeswehr war und ist etabliert, und heute gibt es viele, die sagen, die Arbeitsplätze, es ist eben schon darauf hingewiesen worden, die fast 100 Arbeitsplätze, die dort verloren gehen, das ist schon ein herber Schlag auch für die Strukturentwicklung dieser Griesen Gegend.

Aber wir müssen ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass sehr wohl auch andere Standorte betroffen sind von den Veränderungen, wie Trollenhagen und Rechlin, und dazu gehört dann eben ausdrücklich der Truppenübungsplatz Lübtheen. Die militärische Nutzung soll zum 31.12.2013 eingestellt werden und für die strukturschwache Region, für das Mecklenburgische Elbetal suchen wir natürlich nach alternativen Lösungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss natürlich bedenken, dass auch andere Dienstleistungen neben dem, was die Bundeswehr an Arbeitsplätzen dort heute auf dem Gelände zur Verfügung stellt, weitere Arbeitsplätze und deren Verlust in Betracht zu ziehen sind, ob das Dienstleistungen sind oder ob das die Versorgung des gesamten Standortes mit Lebensmitteln oder anderen Dienstleistungen angeht. Jawohl, die Einheimischen der gesamten Region und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die in Kürze im Übrigen dem Ministerpräsidenten ein Memorandum übertragen werden, machen sich erhebliche Sorgen und ich freue mich sehr darüber, dass es eine Einmütigkeit gibt, auch in der Region alles daranzusetzen, diesen Truppenübungsplatz in Landeseigentum möglichst unentgeltlich zu überführen.

Jawohl, das Land Mecklenburg-Vorpommern mit den Gemeinden steht hier in einem sehr engen Abstimmungsprozess, um den Standort nämlich einem zukunftsfähigen zivilen Nutzungsspektrum zuzuführen, und ich will auch dazu natürlich einiges andeuten, um damit die Region weiterzuentwickeln. Wir müssen den Menschen ein Aufbruchssignal senden, schließlich ist mit jedem Ende auch ein Neuanfang verbunden und gerade dieses Thema ist, glaube ich, ein guter Neuanfang.

Neben den skizzierten regionalen Auswirkungen gibt es Aspekte, die von landesweiter, ja von europäischer Dimension gerade für diese Region sich darstellen. Der Truppenübungsplatz ist mit seinen fast 7.000 Hektar Größe eines der herausragenden naturräumlichen Chancen unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe das große Glück gehabt zu DDR-Zeiten, als ich im Wehrdienst für 18 Monate eingezogen war, ihn zu sehen, aber ich habe ihn mir auch in den letzten Jahren mehrfach anschauen können. Maßgeblich für seinen hohen, ja ich sage sogar, sehr hohen Naturschutzwert, sind großflächige, offene Lebensräume, die in lockeren, zum Teil auch sehr alten Kiefernbeständen aufgehen.

Auf dem Platz befindet sich außerdem, und das wissen viele von Ihnen vielleicht gar nicht, die größte, jawohl, die größte Binnenwanderdüne Deutschlands. Wer sich das mal angeschaut hat, der wird sich beeindruckt zeigen. Ich kann es uns allen nur empfehlen. Jawohl, die Heide- und Trockenrasenflächen gelten als seltenste Lebensräume und sind deshalb auch ausdrücklich im Rahmen der von mir auf den Weg gebrachten FFH- und Vogelschutzgebietskulisse mit einem strengen Erhaltungsziel unterlegt.

Die FFH-Gebiete Lübtheener Heide und Trebser Moor sind mit einer Gesamtgröße von immerhin 1.400 Hektar von den fast 7.000 im Bestand auch der europäischen Schutzgebiete und damit der Natura-2000-Gebiete gesichert worden. Zusätzlich ist fast die gesamte Fläche des Truppenübungsplatzes als Vogelschutzgebiet Lübtheener Heide gemeldet und unterliegt damit den Regelungen der Vogelschutzgebietslandesverordnung vom 12.07.2011. Vogelarten wie insbesondere Bussarde, aber auch und insbesondere der Ziegenmelker, aber auch der Bachpieper finden hier noch den notwendigen Lebensraum. Jawohl, und es ist ja allgemein bekannt, dass immer wieder Hinweise des Einzuges von seltenen Fledermausarten dort gekennzeichnet werden, aber auch, dass der Wolf versucht, sein Habitat wieder neu zu entwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, grenzt der Truppenübungsplatz unmittelbar an das Mecklenburgische Elbetal und damit an das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe zwischen Boizenburg und Dömitz. Dieses,

und deswegen betone ich das, dieses Biosphärenreservat, das länderübergreifend einmalig in Deutschland ist, ist 1997 – 1997 war ich noch nicht Umweltminister – übergreifend aufgegangen in diesem Projekt Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe. Für unser Teilgebiet ist bis heute die Festsetzung per Gesetz nicht erfolgt. Ich arbeite mit Hochdruck seit Jahren daran und wir führen zurzeit eine sehr intensive Diskussion im Dialogverfahren in Mecklenburg-Vorpommern und in diesem Gebiet, um möglichst im nächsten Jahr zu einer endgültigen Festsetzung dieses Biosphärenreservates hier durch den Landtag und dieses Hohe Haus zu kommen. Und ich wünsche mir sehr, dass alle diejenigen, die daran Interesse haben, dieses einmalige Flusslandschaft-Elbe-Gebiet festzusetzen, auch die entsprechende Unterstützung geben werden.

Im Übrigen, auch da gibt es große Sympathien aus den Gemeinden heraus, und angesichts der auslaufenden militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes, die bisher seiner Einbeziehung in das Biosphärenreservat entgegenstand, sehen wir eine große Chance zu einem möglichst konfliktfreien Umsetzungsprozess im Rahmen der Festsetzung dieses Biosphärenreservates. Damit könnte das Gebiet in die integrierte Entwicklungsplanung für das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe in Mecklenburg-Vorpommern eingebracht werden. Damit würden Synergien nutzbar, darauf ist eben schon hingewiesen worden, die schon jetzt aus den im Aufbau befindlichen Vermarktungs- oder aber auch Erzeugernetzwerken des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe in Zusammenarbeit mit dem nicht weit weg befindlichen zweiten Biosphärenreservat, nämlich Schaalsee, erfolgen und damit tatsächlich zukunftsfähige Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Auch wenn zweifelsfrei auf großen Flächenanteilen des Truppenübungsplatzes weiterhin Naturschutzziele Vorrang haben werden, so sind naturverträgliche Nutzungen, ob die Waldwirtschaft, aber auch natürlich Investitionen in die erneuerbaren Energien aus unserer Sicht des Hauses möglich. Ich glaube, dass damit deutlich wird, dass alternative Lösungen auf geeigneten Teilflächen, auch um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu entwickeln und sie zu schaffen, durchaus große Chancen haben.

Aber wir müssen auch darauf hinweisen, dass die touristische Entwicklung, gerade im Elbegebiet, gerade vor dem Hintergrund der Aufnahme in die Metropolregion Hamburg, von allergrößter Bedeutung sein wird, denn wir hätten damit eine hochattraktive Anbindung an die Stadt Dömitz, aber auch natürlich in der Querverbindung, eine einzigartige Landschaft zum Genuss der Hamburger und der Metropolregion insgesamt zu machen. Und es ist auch klar, dass es eine sehr stark wachsende Nachfrage nach attraktiven Angeboten gerade in der Region des Naturerlebens gibt, sodass daraus ein hochinteressanter, hochkomplexer Gesamttraum als Naturerlebnispfad oder Naturerlebnispark entwickelt werden kann.

Eine so spektakuläre Landschaft wie die des Truppenübungsplatzes Lübtheen gibt es so schnell in Mecklenburg-Vorpommern nicht noch einmal in dieser kompakten Form. Ich behaupte, hier liegt wirklich ein touristischer Schatz, der erstmalig seit 1930 überhaupt der Allgemeinheit im Norden Deutschlands wieder zugänglich gemacht werden kann, und deswegen kämpfe ich auch so sehr darum und wünsche mir, dass wir hier vorankommen. Und dann ist natürlich auch klar, dass vorhandene Baulichkeiten, deren Nutzung gerade für klein- und mittelständische Unternehmen sehr wohl eine Chance bietet, vorstellbar sind, und wir wissen ja, dass durch erfolgreiche Konversationsprojekte im Lande gezeigt werden kann, dass daraus wieder neue Arbeit entstehen kann, wenn man hier auch Demen mit ansprechen darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese Ideen, die in der Region zurzeit diskutiert und erarbeitet werden und die wir im Prozess als Landesregierung ja auch ressortübergreifend begleiten, all diese Ideen werden nur umsetzbar sein, wenn es nicht, ich betone das, wenn es nicht zu einem Ausverkauf der Flächen kommt. Und deswegen muss alles darangesetzt werden, dass nach dem Ende der militärischen Nutzung und damit des Überganges vom Bundesverteidigungsministerium auf das Bundesfinanzministerium es gelingt, tatsächlich mit der Bundesregierung, mit dem Bundesfinanzministerium in einen Dialog einzutreten, mit dem Ziel, die Flächen zu übernehmen.

Im Übrigen sei auch darauf hingewiesen, dass wir zum Glück in den letzten Jahren erfolgreich gegen den Bund geklagt haben, und Teilflächen, die sich nicht mehr in

der militärischen Nutzung befunden haben, zurückbekommen haben – das sind im Übrigen einmal 322 Hektar in den Randbereichen – und auch das letzte Mal im Jahr 2009 noch mal geklagt haben und wir zusätzlich noch mal 109 Hektar aus diesem Gelände herausgelöst haben. Wir werden dies prüfen und ich hoffe, dass es uns gelingt, dass wir über den Bundesrat – und das haben wir auch gerade erfolgreich durchsetzen können, dass bei der Frage und Berücksichtigung der Veränderungen im Rahmen der Umstrukturierung der Bundeswehr auch die Länder die Möglichkeit erhalten, sich direkt in diesen Prozess mit einzugeben und gegebenenfalls Flächen und Areale zu übernehmen –, den Bundesratsbeschluss erreichen, da bin ich sehr froh, dass über die strukturpolitischen Ziele der Länder, die Länder waren zunächst nämlich nicht in diesem Gesetz enthalten, die Länder mit zu beteiligen sind als auch die Kommunen, um damit eine nachhaltige Regionalentwicklung mit Steuern zu können.

Mit ihrem Entschließungsantrag und diesem Beschluss hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern insbesondere auf den hohen ökologischen Wert dieser Liegenschaften hingewiesen und empfohlen, darauf zu achten. Der alternative Weg, diese Flächen zum nationalen Naturerbe zu erheben, scheint zurzeit für uns schwierig zu sein, weil die Flächenareale, die 120.000 Hektar, mittlerweile durch die Bundesregierungen – die letzten beiden – tatsächlich abgearbeitet worden sind. Das heißt, wir müssen einen Weg finden, wie wir diese Flächen möglichst unentgeltlich durch die Bundesregierung übergeben bekommen. Da spielt eben ausdrücklich das Biosphärenreservat und deren europäische Dimension, wo die Bundesregierung selbst auch eine hohe Verantwortung mit in sich trägt, eine ganz entscheidende Rolle, um damit tatsächlich unter dem Dach der UNESCO das Biosphärenreservat länderübergreifend, ich betone das noch mal, dauerhaft zu sichern und damit der Verantwortung für die nachfolgende Generation nachzukommen.

Auch die vor Ort betroffenen Gemeinden haben sich für einen Eigentumsübergang an das Land ausgesprochen und stärken damit die Position der Landesregierung und letzten Endes auch des Landesparlamentes. Ich verkenne dabei nicht, dass Teile der Liegenschaften altlastenbehaftet und damit natürlich auch Kosten oder Risiken verbunden sind. Das wird zurzeit analysiert und deshalb ist ein Verhandlungsmandat – ich wünsche mir hier sehr eine breite Zustimmung – umso wichtiger, damit der

Truppenübungsplatz Lübtheen zu einer akzeptablen Gesamtlösung geführt werden kann.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche mir sehr, dass wir möglichst noch vor Ablauf der Nutzung zu einer möglichst guten Entscheidung kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eine Vorbemerkung: Wir finden es eigentlich immer nicht gut, dass geschossen wird.

(Heinz Müller, SPD: Außer Tore im Fußball.)

Wenn also früher nicht akzeptabel war, dass dort geschossen wurde, dann verstehe ich nicht, wie man heute darüber traurig sein kann, dass nicht mehr geschossen wird.

Eine zweite Vorbemerkung: Das Ziel ...

(Minister Dr. Till Backhaus:

Das müssen Sie gerade sagen, ne! –

Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, deswegen ja.)

Gerade, gerade deshalb, Herr Dr. Backhaus.

(Minister Dr. Till Backhaus: NVA lässt grüßen.)

Ich war nie bei der NVA.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber gestatten Sie nun trotzdem, dass ich hier meine Rede halte, ja?

(Torsten Renz, CDU:
Ja, was soll diese Frage?)

Das gestatten Sie nicht, Herr Renz?

(Torsten Renz, CDU:
Reden Sie und dann ist gut!)

Okay.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Antrag der Koalition mit dem schlichten Titel „Truppenübungsplatz Lübtheen“ macht uns wieder auf ein Problem aufmerksam, nämlich das, dass die Umsetzung der Bundeswehrreform von den betroffenen Kommunen und Ländern große Anstrengungen auf dem Gebiet der Konversion abfordert und dass es kein Konversionsprogramm des Bundes mit entsprechender Finanzierung gibt. Allein das könnte man schon als Skandal bezeichnen, denn wer die Musik bestellt, sollte sie auch bezahlen. Bis zur Bundesregierung hat sich das noch nicht rumgesprochen. Aber was soll man auch erwarten, wenn nicht einmal Bundestagsabgeordnete aus unserem Land die Position des Landes unterstützen.

Herr Rehberg, Sprecher der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern innerhalb der CDU/CSU-Fraktion, fiel unserem Bundesland und allen anderen von Standortschließungen Betroffenen vor ziemlich genau einem Jahr in den Rücken, als er über die Presse verlautbarte, dass er zwar die Forderung von Landespolitikern nach einem Konversionsprogramm des Bundes verstehe, aber der Bund hätte ja wohl schon genug getan, indem er die Kommunen bis 2014 bei der schrittweisen

Übernahme der Grundsicherung bei Hartz IV entlaste. Ich frage mich, wofür diese Mittel eigentlich noch alles genutzt werden sollen, eine sehr abstruse Denkweise zum Schaden unseres Bundeslandes und der von den Standortschließungen betroffenen Kommunen. Das hatte bereits mein Kollege Peter Ritter in der Debatte zur Bundeswehrreform im November letzten Jahres festgestellt. Insoweit bin ich dann froh, dass die derzeitige CDU-Fraktion mit im Boot bei diesem Antrag ist.

Überhaupt kann ich beim Thema Konversion keinen Gegensatz zwischen den demokratischen Fraktionen dieses Hauses erkennen. Auch deshalb fällt es mir schwer, den genauen Anlass für diesen Antrag zu erkennen. Es scheint so, wie meist bei Anträgen der Koalition, es wird sicherheitshalber das beantragt, woran die Landesregierung bereits arbeitet.

Ich habe meinen Kollegen Peter Ritter gefragt, ob die Landesregierung nicht die Forderung gegenüber dem Bund aufmacht, die Fläche des Truppenübungsplatzes möglichst unentgeltlich übertragen zu bekommen. Welche Pläne hat denn die Landesregierung nach der Aufgabe des Standortes durch die Bundeswehr ab dem 01.01.2014? Sind in der interministeriellen Arbeitsgruppe „Konversion“ andere Vorstellungen der Landesregierung als die im Antrag formulierten geäußert worden? Um es kurz zu machen: Die Vorstellungen und Aktivitäten weichen keinen Deut ab von den Forderungen des Antrages. Also warum dann der Antrag?

Ich glaube nicht, dass die Landesregierung ständig bei den Koalitionsfraktionen anklopft und um Unterstützung für ihr Handeln bittet. So viel traue selbst ich dieser Regierung zu, dass sie durchaus die Interessen unseres Landes gegenüber dem Bund in dieser Frage vertritt.

(Beifall Manfred Dachner, SPD:

Lasst uns mal klopfen!)

Es ist eher so, dass es ein gemeinsames Thema, ziemlich unstrittig auch, zwischen den Koalitionsparteien ist. Aber sei es drum, ich kündige hier schon mal an, dass wir diesem Antrag zustimmen, denn es ist, wie ich vorhin schon einmal erwähnte, gelinde gesagt, mehr als ein Ärgernis, dass der Bund eine umfassende

Bundeswehrreform mit zahlreichen Standortschließungen beschließt und anschließend die betroffenen Länder und Kommunen allein im Regen stehen lässt. Das ist ein grundsätzliches Problem.

Die Liegenschaft geht natürlich in die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben über. Diese hat per se den Auftrag der Verwertung der Liegenschaften des Bundes, die für ihn entbehrlich sind, und zwar nach kaufmännischen Grundsätzen. Nun könnte man meinen, der Bund könne eigentlich froh sein, diese Liegenschaft loszuwerden. Es gibt hier ja sehr viele Flächen, die unter Naturschutzbetrachtung stehen und das auch bleiben sollen. Es gibt ein Vogelschutzgebiet, außerdem noch ein FFH-Gebiet. Und all das macht eine Verwertung für den Bund nicht gerade leicht. Aber leider besitzt diese Liegenschaft auch einen Waldbestand, den die Bundesanstalt per Gesetz gar nicht kostenlos an Mecklenburg-Vorpommern abgeben darf. Hier muss eine Lösung gefunden werden. Deshalb begrüße ich, was die Landesregierung derzeit unternimmt. Minister Backhaus hat für die Landesregierung das Interesse an einer Übernahme der Flächen in Landesbesitz vor Ort geäußert, um Teile als Kernzone für das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe zu nutzen. Bisher sind allerdings der Kaufpreis und die Frage der Munitionsbergung völlig offen.

Die Stadt Lübtheen, das Agrarministerium und das Wirtschaftsministerium haben auch schon konkrete Vorstellungen, wie es in den anderen nicht naturschutzrelevanten Bereichen weitergehen könnte. Eine touristische Nutzung ist ebenso im Gespräch wie die Nutzung von Teilen des Geländes für erneuerbare Energien. Die IMAG Standortkonversion/Bundeswehrstrukturreform konnte auf ihrer Sitzung am 21. August 2012 auch noch keine Lösung für Lübtheen anbieten. Verhandlungen sind im Gange. Wenn die Koalitionsfraktionen also diese Verhandlungen mit dem Bund aus dem Parlament heraus unterstützen wollen, dann bitte, wir werden uns dem nicht entziehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den zurückliegenden Jahren haben sich die Aufgaben der Bundeswehr grundlegend geändert. Die Bundeswehr wird in Zukunft aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen zur Landes- und Bündnisverteidigung und im Bereich der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung beansprucht und umstrukturiert.

(Udo Pastörs, NPD: Schön umschrieben,
die Söldnertätigkeit.)

Um diesem neuen Aufgabenspektrum gerecht zu werden, wurde vor knapp einem Jahr ein neues Standortentwicklungskonzept oder auch Stationierungskonzept erarbeitet. Dieses Stationierungskonzept sieht unter anderem vor, dass der Truppenübungsplatz Lübtheen nach nunmehr 72 Jahren zum 31. Dezember aus der militärischen Nutzung genommen wird.

Kraft Gesetzes ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit der Verwertung der aus der Nutzung genommenen Liegenschaften beauftragt. Die Bundesanstalt gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Finanzen und hat selbstverständlich unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen und unter wirtschaftlichen Aspekten die entbehrlichen Liegenschaften anderer Nutzung zuzuführen.

Bei dieser Flächenverwertung spielen unter anderem der gezielte Rückbau beziehungsweise die Renaturierung der vorhandenen Fläche eine große Rolle. Kurzfristig gehen zahlreiche Flächen aus der Nutzung wie eben der Truppenübungsplatz Lübtheen. Unter dem Truppenübungsplatz befindet sich bekanntlich Diatomeenkohle, einheimischer Energieträger, gegen dessen Abbau sich nicht nur der Landtag ausgesprochen hat, sondern ganz massiv auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Region. Alle wissen, dass Bergrecht durch einen Landtagsbeschluss schwerlich auszuhebeln ist. Deshalb haben sich die Koalitionäre darauf verständigt, alles zu versuchen, damit der Truppenübungsplatz Lübtheen dem Land Mecklenburg-Vorpommern für die Ziele der Landesentwicklung zur Verfügung gestellt wird und das gefürchtete Szenario des Braunkohleabbaus nicht eintritt.

Schade, Frau Schwenke, vielleicht waren Sie die falsche Person für das Statement, aber über die Liegenschaft selbst haben Sie scheinbar nicht viel gewusst.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Woraus schließen Sie das?)

Inwieweit allerdings eine unentgeltliche Übertragung durch den Bund möglich ist, bleibt hinsichtlich der haushaltsrechtlichen Vorgaben fraglich. Bei dem Truppenübungsplatz handelt es sich um eine gut 6.000 Hektar große Fläche. Der Herr Minister hatte sie auch genau beziffert. Es liegt im großen Interesse des Landes und der betroffenen Kommunen, wenn möglich, eine unentgeltliche Übertragung herbeizuführen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fragen Sie mal die
Kanzlerin! Die würde Ihnen was anderes erzählen.)

Gerade vor dem Hintergrund der Planungshoheit der Kommunen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber auch der Rückübertragungsansprüche etwaiger vorheriger Eigentümer gilt es, vor einer unentgeltlichen Überlassung der Flächen an das Land einige Hürden zu nehmen. Gleiches gilt hinsichtlich der Altlastenproblematik. Klar ist, dass ein ehemaliger Artillerieschießplatz erhebliche Altlasten birgt. Diese Altlastenproblematik muss seitens des Bundes gelöst werden.

Bei einer Stabsrahmenübung vor einiger Zeit in Lübtheen habe ich mir ein Bild machen können, was bei einem Großfeuer auf einem Gebiet mit militärischen Altlasten passieren kann. Es war zum Glück eine Übung, an der Bundeswehr, Feuerwehr und THW teilgenommen haben. Was aber ist da nach 2013? Eine munitionsverseuchte Fläche ohne Bundeswehr und ohne Feuerwehr, darauf kann man gewiss nicht sofort herumspazieren.

Weitere Fragen müssen also nicht nur hinsichtlich des Bestandsschutzes bestehender Anlagen geklärt werden. An den Bereich des Truppenübungsplatzes Lübtheen grenzt das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe. Für eine dauerhafte Integration des Truppenübungsplatzes in dieses Areal sprechen gleich mehrere gesteckte Ziele der Landesentwicklung und des Planungsverbandes Westmecklenburg, wozu neben dem Naturschutz in allen möglichen Facetten auch die Erhaltung von Kulturlandschaft zählt sowie der sanfte Tourismus, die Naherholung, die Einbindung der Regionen in das Erzeuger- und Vermarktungsnetzwerk des Biosphärenreservates. Dafür spricht eben auch, dass die Integration in das Biosphärenreservat einen Braunkohleabbau langfristig in den Hintergrund treten lässt und dass das Gebiet in großen Teilen bereits als Landschaftsschutz-, Vogelschutz- oder FFH-Gebiet ausgewiesen ist.

Der Bereich um Lübtheen mag strukturschwach sein, aber der Truppenübungsplatz bot Arbeitsplätze für die Region. Mit einer anständigen Nutzungskonzeption infolge einer Übertragung der Fläche an das Land können auch wieder Arbeitsplätze entstehen und geeignete Teilflächen forstwirtschaftlich genutzt werden. Und ganz sicher kann auf dem Areal in innovative Ideen zur Erzeugung regenerativer Energie investiert werden. Für all diese Aufgaben sind erhebliche Finanzmittel notwendig, um gerade im Bereich der Griesen Gegend sowohl die naturschutzfachliche als auch die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen.

Wir sprechen uns ganz klar für eine vernünftige an landespolitischen Zielen orientierte Nachnutzung des Truppenübungsplatzes aus und ich fordere Sie gern auf, dem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Den Antrag zur Konversion des Truppenübungsplatzes Lübtheen begrüßen wir. Konversionsprozesse sind nicht allein die Aufgabe der betroffenen Gemeinde vor Ort, sondern müssen natürlich selbstverständlich vonseiten der Landesregierung intensiv begleitet werden, damit für zahlreiche Standorte in Mecklenburg-Vorpommern konstruktive Wege zur Weiterentwicklung gefunden werden. Es bedarf hier aber im speziellen Fall erheblicher Landes- und Bundesmittel, um insbesondere die Altlastenproblematik lösen zu können.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Das ist eine riesige Aufgabe.

Die von der Schließung der Bundeswehrstandorte betroffenen Kommunen und Regionen kämpfen vielfach mit erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Weniger Arbeitsplätze verbunden mit weniger Kaufkraft, Wohnungsleerstand durch Wegzug der ehemals bei der Bundeswehr Beschäftigten, geringere Nachfrage in der Immobilienwirtschaft sowie notwendige Rückbaumaßnahmen und Umstrukturierungen, verbunden mit konzeptionellen Neuausrichtungen unterschiedlichster Art stellen auch die Landespolitik vor entsprechende Herausforderungen.

Durch die Auflösung von Bundeswehrstandorten verändert sich das soziale Gefüge in den betroffenen Regionen, meine Damen und Herren. Viele Menschen haben über Jahrzehnte hinweg in unmittelbarer Nachbarschaft mit der Bundeswehr vor Ort gelebt. Werden Standorte nun aufgelöst, wird zunächst eine Lücke gerissen, und diese Lücke oder der Bruch in der Kontinuität betrifft nicht nur direkt betroffene Soldatinnen und Soldaten und zivile Angestellte der Bundeswehr, sondern auch die Menschen, die in dieser Region leben. Deshalb sind Konzepte mit zukunftsweisenden Perspektiven gefordert, die es für die jeweilige Region zu entwickeln gilt.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Deshalb muss es finanzielle Zuschüsse vonseiten des Bundes und auch des Landes geben, um zügige Umstrukturierungen voranzutreiben. Wir Bündnisgrüne begrüßen in diesem Kontext die Konversionspartnerschaft in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere die IMAG, die Interministerielle Arbeitsgruppe zur Unterstützung der betroffenen Kommunen.

Der von der Landesregierung vorgelegte Konversionsbericht aus 2011 zeigt deutlich auf, welche vielfältigen Möglichkeiten vorhanden sind, um strukturelle Neuausrichtungen für aufgegebenen Bundeswehrstandorte anzugehen. Dabei gibt der Bericht unterschiedliche Erfahrungen wieder, zeigt aber deutlich, dass mit regierungsseitiger Unterstützung Wesentliches durchaus möglich ist. Dies zeigt sich gut, sagen wir mal, am Beispiel Hagenow. Für die im ersten Schritt notwendige Altlastenentsorgung konnte die Stadt Hagenow aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – GA – Zuschüsse mit einem Fördersatz von 90 Prozent im Wirtschaftsministerium beantragen.

(Udo Pastörs, NPD: Es geht um den
Truppenübungsplatz in Lübtheen.)

Zudem ist es der Stadt Hagenow gelungen, bereits zwei Drittel ihrer Konversionsflächen zu verkaufen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist eine
wunderbare SPD-Bürgermeisterin.)

Am Beispiel der Gemeinde Peenemünde wird klar, dass auch Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds – ELER – für die Entwicklung des ländlichen Raumes eingesetzt werden können.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Genau.)

Ferner existieren Fördermöglichkeiten für Maßnahmen des Innenministeriums im Rahmen von Sonderbedarfszuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz, im kommunalen Aufbaufonds sowie im Rahmen der Städtebauförderung.

Den Konversionsgemeinden steht somit ein bunter Blumenstrauß an Förderinstrumentarien zur Verfügung. An dieser Stelle – und das halte ich für wichtig – setzt die Aufgabe der IMAG ein, indem sie den betroffenen Kommunen, wie im Konversionsbericht dargelegt, die Koordination in Form von Information und auch Erfahrungsaustausch anbietet. Es gibt laut Konversionsbericht aus dem Jahr 2011 keine Musterabläufe für Konversionsprozesse. Es existieren an unterschiedlichen Standorten eben unterschiedliche Voraussetzungen. Das unterstreicht umso mehr die notwendige Unterstützung durch die Landesregierung, aber auch durch die Bundesregierung.

Nun zu den hier im Antrag behandelten Forderungen gegenüber der Landesregierung zur Konversion des Truppenübungsplatzes Lübtheen. Wir Bündnisgrünen unterstützen die in der Antragsinitiative aufgestellten Forderungen,

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut.
Dann können wir ja abstimmen.)

insbesondere die Forderung nach dauerhafter Gewährleistung von Naturschutzzielen auf dem Gebiet des Truppenübungsplatzes sowie die Einbeziehung des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe ist als Kernzone durchaus vorstellbar.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Noch besser.)

Die Verwendung von Teilgebieten zur wirtschaftlichen – ich betone hier wirtschaftlichen, weil Sie sprechen immer von nachhaltig, das ist manchmal etwas missverständlich – beziehungsweise nachhaltigen Nutzung sollte zunächst sehr, sehr kritisch vor Ort diskutiert werden mit Umwelt- und Naturschutzverbänden, mit den zuständigen Behörden und mit den Anwohnern.

Wir werden diesen Konversionsprozess weiterhin aufmerksam verfolgen und stimmen dem vorliegenden Antrag zu. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Gerkan, was Sie hier vorgetragen haben, war ein bunter Blumenstrauß in Bezug auf Konversion im Allgemeinen. Sie haben sich hier auf Allgemeinplätze geflüchtet und sind nicht auf das spezielle Problem Lübtheen Truppenübungsplatz eingegangen. Das mag daran liegen, dass Ihnen der Zugang zum Kern des Problems nicht eingängig ist. Ich versuche es Ihnen mal zu erklären.

(Manfred Dachner, SPD:
Nö, das lassen Sie mal!)

Die Hauptaufgabe – und da unterstützt meine Fraktion selbstverständlich diesen Antrag – ist, dieses Gebiet vor dem Zugriff der Tagebaukohleindustrie zu schützen beziehungsweise die Möglichkeit möglichst sicher zu verbauen, dass das in den nächsten 50, 100 Jahren oder auch noch länger nicht möglich wird. Und da scheinen mir die Vorschläge, die uns hier der Antrag im Ansatz nicht konkretisiert ausweist, durchaus unterstützenswert, wenngleich die einzelnen Forderungen natürlich sehr oberflächlich formuliert sind. Aber wir sind am Anfang des Prozesses und was Herr Backhaus eben gesagt hat, ist das ein oder andere doch wert, dass man darüber ein Wort verliert.

Zunächst einmal zur juristischen Lage: Wir wissen, dass sich der Truppenübungsplatz im Eigentum des Bundes befindet, und wir wissen auch, dass der Truppenübungsplatz schon seit sehr vielen Jahren sehr viel Geld verschlungen hat, was die Altlasten angeht. Und wenn Sie sich vorstellen, dass die Altlasten dort

zu beseitigen sind – ich spreche von Munition und von Sprengstoff, der dort noch in unbekannter Quantität lagert –, dann stellen Sie sich bitte vor, dass für einen Hektar die Kosten, so etwas seriös und fundiert sicher zu räumen, zwischen 10.000 und 100.000 Euro liegen. Das ist ein Riesensisiko für das Land, das ist eine unbekannte Größe finanzieller Natur, und deswegen ist auch die Verhandlung des Landes zu führen unter massivem Vortrag, dass man da etwas geschenkt nimmt – einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul –, was große Risiken birgt. Das kann ein Pfund sein, mit dem man wuchern kann in den Verhandlungen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Der zweite Punkt könnte sein, dass der Bund sich verpflichtet hat, im Bereich des Naturschutzes, europäischer Naturschutz, auch ganz bestimmte Standards zu garantieren, das ist unterschrieben, das ist festgeklopft. Und hier sehen wir als NPD-Fraktion eine Möglichkeit, auch diese Argumentation in den Verhandlungen mit dem Bund in die Waagschale zu werfen.

Vielleicht noch ein Wort zum Beschluss des Landtages, was den Abbau der Braunkohle verhindern soll: Also, Herr Minister, Sie haben – am 5. Juli 2012 war es, glaube ich – in Lübtheen gesagt, dass also ein Kohleabbau deswegen schon nicht möglich sei, weil der Landtagsbeschluss hier in der Welt sei. Also Sie haben verwiesen auf den Landtagsbeschluss, Punkt. Wir haben gerade gehört – und das war ein klein bisschen ehrlicher –, dass ein Landtagsbeschluss natürlich nicht das Bergrecht aushebelt, und da sollten Sie dann auch so fair sein, wenn mal wieder Versammlung in Lübtheen ist, das den Leuten auch so deutlich zu sagen, was ich sehr vermisst habe, und das kann man ja auch noch mal nachholen.

Insofern scheint mir der Weg richtig, dass das Land versucht, möglichst günstig an diese Liegenschaft zu gelangen, wengleich auch rechtliche Bestimmungen es sehr, sehr schwer machen werden. Es wurde schon hingewiesen auf das Veräußerungsverbot von Waldflächen, wenn es in einer ganz bestimmten Konstellation der Fall sein sollte. Ich wünsche daher, dass das Land das Händchen hat, hier die Bundesregierung oder die Finanzverwaltung, das Finanzministerium zu überzeugen, damit nämlich nicht, wie es heißt – Wolfserwartungsland haben wir

gehört –, der Wolf kommt und die Menschen gehen in dieser Region, denn die Tendenz ist da. Wir haben ein Durchschnittsalter in Lübtheen, das liegt bei 47 Jahren jetzt schon, und es wandern immer noch junge Familien ab aus der Region, weil keine wirtschaftliche Grundlage da ist.

Noch ein Wort zur Nutzung kommerzieller Natur, also Gewerbeansiedlungen. Das wird schwierig sein. Schauen Sie sich bitte an, Herr Backhaus, wir haben ein Gewerbegebiet ausgewiesen, das hat Millionen gekostet und ist noch nicht einmal zu 20 Prozent, zu 20 Prozent mit Gewerbebetrieben belegt. Das heißt also, auch das ist ein frommer Wunsch, dass da dann blühende Landschaften entstehen. Allein mir fehlt der Glaube, dass das in dieser Lage überhaupt dann von der freien Wirtschaft akzeptiert wird. Also wecken Sie, das ist mein Rat, nicht Hoffnungen in Lübtheen und in dieser Region, die Sie nicht halten können,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Habe ich noch
nicht gemacht, werde ich auch nicht machen.)

denn das wird dann zu großer Enttäuschung führen.

Das Nebeneinander von Naturschutz und Gewerbe und Industrie, die Ansiedlung von sogenannten Windparks oder Solarparks ist auch sehr problematisch aus unserer Sicht, weil wenn Sie sich mit Fachleuten, mit Vogelkundlern und anderen Spezialisten für Naturschutz unterhalten, dann sind sowohl die Windkraftanlagen als auch große Solarflächen nicht geeignet, um in der Nähe von Schutzgebieten in größerer Ausdehnung installiert zu werden.

Wir werden dem Antrag zustimmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Feike von der SPD-Fraktion.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit diesem Antrag wollen wir der Landesregierung mit einem klaren Votum des Parlamentes den Rücken stürzen, stärken, nicht stürzen,

(Udo Pastörs, NPD: Stürzen wäre
auch mal 'ne Maßnahme.)

stärken meinte ich, den Rücken stärken, um für die Verhandlungen mit der Bundesregierung eine nachhaltige Lösung für den Truppenübungsplatz Lübtheen nach 2014 zu finden. Wir reden hier über eine Fläche von circa 6.700 Hektar,

(Udo Pastörs, NPD: Das hatten Sie
schon mal alles vorgetragen.)

von der über 1.400 Hektar als FSH-Gebiet ausgewiesen sind und zugleich circa 5.400 Hektar zum Vogelschutzgebiet erklärt wurden. Wir tragen als Land also schon eine Verantwortung für dieses Gebiet.

Um die Naturschutzaufgaben dauerhaft erfüllen zu können, brauchen wir aber auch eine Entwicklungsplanung für die Gesamtregion. Diese müssen wir sichern und eine nachhaltige wirtschaftliche Nutzung auf geeigneten Teilflächen muss initiiert werden und dafür brauchen wir die Übernahme der Bundesflächen in Landeseigentum. Dies muss angestrebt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Fördern Sie erst mal
das Gewerbegebiet in Lübtheen! Dann
machen Sie Ihre Pläne!)

Dies muss zum anderen angestrebt werden, um einen möglichen Flächenausverkauf zu verhindern. Dabei wollen wir eine für das Land mögliche kostenlose Übertragung des Eigentums. Damit allein ist es aber nicht getan. Man geht davon aus, dass circa 500 bis 800 Hektar des Geländes munitionsbelastet sind. Wir brauchen zur Lösung dieser Altlastenproblematik die Hilfe des Bundes im Rahmen der Konversion.

Wichtig ist für mich, noch mal zu betonen, dass die Übernahmebemühungen vom Landkreis und der Stadt Lübtheen im vollen Umfang unterstützt werden. Schlussendlich geht es noch einmal uns als SPD-Fraktion darum, dass wir mit der Übernahme der Flächen des Truppenübungsplatzes in Landeseigentum den Bestrebungen der MIBRAG

(Zuruf von Stefan Köster, SPD)

zum großflächigen Braunkohlenabbau in diesem Gebiet – und ich betone, nicht nur der Braunkohleabbau ist möglich, sondern auch anderer Mineralabbau ist dort möglich ...

(Udo Pastörs, NPD: Die MIBRAG
gibt's nicht mehr in der Form.

Das müssen Sie mal nachsehen. –

Jochen Schulte, SPD: Das ist doch völlig egal.)

Das ist doch völlig egal, es kann auch ein anderes Unternehmen sein, weil wenn die Rohstoffe da vorhanden sind, dann haben wir ...

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nicht mehr aktuell.)

Sie kennen sich ganz genau in der großen Weltwirtschaft aus, wie Sie das ja immer mehrfach betonen in Ihren Reden,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

und dann wissen Sie, dass es viele Unternehmen gibt, viele Konsortien, die sich heutzutage mit der sozusagen ...

(Udo Pastörs, NPD: Aber nicht für
Lübtheen interessieren.)

Genau. Deswegen haben wir da auch Braunkohle und andere Mineralien und auch einen Salzstock und diesen Salzstock wollen wir eben verhindern, dass der in einer Art und Weise verwendet wird, der nicht im Landesinteresse steht. Und daher möchten wir gern, dass dieses in Landeseigentum übergeht. Daher bitten wir Sie um Zustimmung dieses Antrages.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/1216. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/1216 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** ...